

Medellín, März 1994

Rolf Niederhauser

Selbstverwaltung gegen Gewalt im Ghetto

Auf der Plaza Bolívar, unter der Reiterstatue des Freiheitshelden, versammeln sich Liebespaare, Bettler, Schuhputzer und Gruppen von Männern, deren Disput über Gott und die Welt nur vom Geschrei der Vögel in den Palmen übertönt wird. Einer klärt, mit einem Fotoalbum voll schwärender Wunden in der Hand, einen Halbkreis von stummen Männergesichtern über Geschlechtskrankheiten auf. Andere flanieren, sitzen herum, eine Polizeipatrouille durchkämmt die Menschenmenge. Wer angehalten wird, faltet willig und flink seine Hände im Nacken, bis ihm der Uniformierte, die Maschinenpistole unterm Arm, kameradschaftlich auf die Schulter klopft. Ein friedlicher Abend im Zentrum von Medellín. Nur die wenigen Touristen auf dem Platz sind nicht ganz sicher, ob das Stimmungsbild nicht trügt.

Seit der König der Kokainhändler, Pablo Escobar, Mitte der 70-er Jahre begann, von hier aus die Drogenmärkte der Welt zu beliefern und Polizei und Behörden mit Bombenterror in Schach zu halten, kommt wohl niemand ohne Vorurteil nach Medellín. Mit Washington, Neapel oder Rio de Janeiro gehört die Stadt zu den Welt-Metropolen des Verbrechens. 6'662 Menschen kamen hier 1992 gewaltsam ums Leben, 5'102 davon durch Schusswaffen. Und wenn Kolumbien (im Verhältnis zur Einwohnerzahl) drei Mal mehr Opfer krimineller Gewalt zu verzeichnen hat als das benachbarte Brasilien und gar zehn Mal mehr als die USA, geht diese traurige Bilanz zu einem Drittel auf das Konto von Medellín.

Am 2. Dezember letzten Jahres allerdings meinte die Welt aufatmen zu können, als Escobar in einem Gefecht mit der Polizei erschossen wurde. Wer aber gehofft hatte, damit wäre für Medellín der Alptraum vorbei, wurde enttäuscht. Auch in diesem Jahr starben in dieser Stadt, die knapp drei Millionen Einwohner zählt, jede Woche an die hundert Menschen durch Gewalt, und in den sieben Tagen nach Ostern waren es gar 135.

Die Justiz ist dabei so gut wie ausgeschaltet. In 90% aller Fälle werden weder Täter noch Motive je ermittelt. Zurück bleiben die Toten, meist junge Männer zwischen 15 und 25, und eine Bevölkerung, die auf den Terror zunehmend apathischer reagiert.

Nun allerdings hoffen Medellín's Behörden, wenigstens für einen Teil des Problems eine Lösung zu sehen. Selbstverwaltung im Armenviertel, heisst das Konzept, das Juristen, Soziologen und Aktivisten von Bürgerinitiativen ausgearbeitet haben, und über das gegenwärtig verhandelt wird. In den Slums, wo nebst der Mafia auch ungezählte Jugendbanden ihre Schreckensherrschaft ausüben, sollen künftig die sogenannten »Milicias populares« für Ruhe und Ordnung sorgen, »Volksmilizen«, die es in fast allen ärmeren Stadtbezirken gibt, die aber bisher in den Augen der Justiz selber nichts anderes waren als Kriminelle.

Nicht nur das Drogenkartell nämlich, auch manche grossen Guerilla-Verbände, die zuvor nur in ländlichen Gebieten aktiv waren, begannen in den 80-er Jahren, Jugendliche in der Stadt zu rekrutieren und zu bewaffnen. Und obwohl sich diese »Milicias populares« zunächst dem Kampf gegen Kapitalismus und Staat widmeten, sahen sie sich bald in eine eigentümliche Rolle gedrängt. Sie wurden so etwas wie Gesetzeshüter ausserhalb des Gesetzes, illegale Polizisten in

den Slums. Denn ganz besonders hier hatte die Präsenz junger Mafia-Söldner, die durchs Drogengeschäft in kurzer Zeit zu Geld und Macht gekommen waren, ein Klima der Gewalt geschaffen, von dem sich auch andere anstecken liessen.

»Die Ansprüche vieler Jugendlicher hier, rasante Wagen zu fahren, die neuste Mode zu tragen und das Modernste auf dem Elektronikmarkt zu besitzen, sind in den letzten Jahren in dem Mass gestiegen, indem manche von ihnen im Drogenhandel schnell und leicht zu Geld kamen. Und im selben Mass ist auch die Schwelle zur Gewaltanwendung immer weiter gesunken«, meint Rafael Rincón, Beauftragter für Menschenrechtsfragen bei der »Corporación Región«, einem von internationalen Organisationen wie der »terre des hommes« finanzierten Institut für Sozialforschung. Immer mehr Junge, deren wirtschaftliche Perspektive gleich Null ist, die aber, wenn sie Heavy-Metal-Musik hörten, von einem Leben in US-amerikanischem Stil träumten, begannen, sich nach dem Vorbild ihrer Altersgenossen in Los Angeles oder Miami in »gangs« zu formieren und das Stadtgebiet nach und nach unter sich aufzuteilen.

Dabei nahmen in den letzten Jahren — nebst Entführungen, Erpressungen, Überfällen — vor allem auch jene Gewalttaten zu, die scheinbar ohne Sinn begangen werden, aus purer Langeweile oder Lust an der Macht. Darin, meint der 34-jährige Jurist, sei die Entwicklung mit jener in anderen Grosstädten der Welt durchaus vergleichbar. Hinter der Kulisse des spektakulären Drogenkriegs breitete sich jener »molekulare Bürgerkrieg« aus, den der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger unlängst als globale Tendenz der Gegenwart diagnostiziert hat. Vor allem in den Slums hatten die Jugendlichen kaum eine Chance, sich diesem Sog der Gewalt zu entziehen.

Auch Camillo trägt aus der Zeit des »Rockfiebers« — wie er die späten 80-er Jahre nennt — ein tätowiertes Hakenkreuz auf dem Handrücken, das er allerdings mit dem Ausspruch »es de otro tiempo« als Relikt einer fernen Vergangenheit zu entschuldigen versucht. Aufgewachsen in »El bosque/ Moravia«, einem der ärmsten Bezirke der Stadt, gehörte er damals einer Gruppe an, die für Santana-Musik schwärmte und gelegentlich ein Fest machen wollte, sagt er. Also entwarfen sie ein Projekt für ein öffentliches Jugendzentrum.

Dieses Engagement war aber anderen Gruppen zu »politisch«, beziehungsweise unbequem, weil sie ihren Machtbereich gefährdet sahen. Camillo wurde bedroht, erst anonym, dann offen, bis er, um sich zu schützen, den »Volksmilizen« beitrug. In »El bosque/ Moravia« waren das an die 60 Frauen und Männer in seinem Alter, Schüler-, Studentinnen, Arbeitslose. Und sie hatten kurz zuvor einen Freund von Camillo erschossen, den sie für einen Delinquenten hielten. »Ein Irrtum«, meint der heute 27-jährige, aber solche Irrtümer seien am Anfang wohl unvermeidlich gewesen. Und eine andere Möglichkeit, sich zu schützen, habe er nicht gesehen.

Anderson dagegen, 24, trat den »Volksmilizen« bei, weil seine Familie diese öffentlich unterstützt hatte und daher bedroht worden war. Seinen Eltern hat er allerdings diesen Beitritt zwei Jahre lang verschwiegen. Er sei aber froh gewesen, als sie ihn kürzlich so lange ausgefragt hätten, bis er es habe zugegeben müssen.

Camillo, Anderson oder der 17-jährige Juan, der erst seit einigen Wochen dabei ist: drei sympathische junge Burschen, die über das Geschäft, dem sie sich da verschrieben haben, reden, als wär's ihre persönliche Leidenschaft: engagiert, aber unbefangen, ernst, aber gelassen, manchmal mit einer Spur von jugendlicher Verlegenheit. Nur Camillo, der Chef, neigt dazu, sich in polit-strategischen Erörterungen zu verlieren. Von sich selber zu sprechen, wenn es um die Sache geht, ist er nicht gewohnt. Und erst wenn sie gelegentlich von »Säuberung« reden, fragt

man sich: sind sie nun jugendliche Helden oder Killer? Pfadfinder oder Saubermänner? Ordnungswächter oder Abenteurer?

Die Motive dieser — auf dem ganzen Stadtgebiet an die 1000 — »Milicianos« lassen sich schwerlich generalisieren. Soziales Verantwortungsbewusstsein lässt sich da nur schwer unterscheiden vom Bedürfnis, sich stark zu fühlen mit einer Pistole im Gurt. Politische Überzeugung vermischt sich mit dem Wunsch, irgendwo dazuzugehören. Bei manchen mag es Zufall sein, dass sie auf der Seite der »Milicianos« stehen, bei anderen Notwehr. Das harte Pflaster Medellíns lässt diesen Jugendlichen keine grosse Wahl, und so haben sie sich vermutlich für ihre Sache entschieden, wie sich junge Leute anderswo für einen Beruf entscheiden, einen Freundeskreis, ein Hobby.

Mit ihren, oft gleichaltrigen Gegnern aus der Nachbarschaft gehen sie aber nicht zimperlich um. Und wenn sie jemanden kurzerhand aus dem Haus holen und auf offener Strasse erschossen, sind solche Aktionen von jenen einer rechtsextremen Todesschwadron kaum zu unterscheiden. Camillo ist sich denn auch bewusst, dass sie das Elend im Viertel, Trauer und Hass zunächst nur vergrössern. »Aber was bleibt uns übrig?« fragt er und erklärt, dass sie immer wieder versuchten, zuerst mit den Leuten zu reden. »Oft sind wir sogar zu den Eltern gegangen, um ihnen zu erklären, dass ihr Sohn ein Dieb oder ein Mörder sei und wir ihn aus dem Viertel verjagen oder liquidieren müssten, wenn er damit nicht aufhöre.«

Es darf nicht erstaunen, dass die »Milicianos« bei vielen verhasst sind. Von der Mehrheit werden sie aber unterstützt. Die 19-jährige Sandra etwa, die mit ihrer Mutter erst vor vier Jahren nach Medellín kam, fand das Leben in »El bosque« oft unerträglich. Selbst bei Tag habe man sich kaum aus dem Haus gewagt. Inzwischen ist die Pharmazestudentin Mitglied der »Unidad Juvenil del Bosque y Moravia«, einer Vereinigung verschiedener Jugendkultur-Gruppen. Zum einen hat sie gelernt, auf den Terror anders als mit Angst und Apathie zu reagieren. Zum andern aber habe sich die Situation einigermassen beruhigt, seit die »Milicias« die Oberhand gewonnen hätten, sagt sie.

Selbst dem fremden Besucher präsentiert sich »El bosque« — obwohl nach wie vor eine der verrufensten Gegenden — nicht ohne Charme. Die Backsteinhäuser stehen eng beisammen und sind schmucklos, simpel, aber solide gebaut. Vor den Fenstern hängen schmiedeiserne Gitter, die Balkone haben Geländer. Und wenn man tagsüber durch die Strassen geht, stehen viele Türen offen, überall sieht man spielende Kinder, schwatzende Frauen, Männer, die, ein Bier in der Hand, vor einem Lokal beisammensitzen.

»Noch vor Monaten herrschte hier Krieg«, sagt Juan Cortez, der 45-jährige Präsident der »acción communal«, einer Art Quartier-Einwohnerrat. Dabei zeigt er von der grasbewachsenen Abfallhalde, um die herum »El bosque« vor zwei Jahrzehnten zu wachsen begann, auf das Dächermeer der Häuser und Hütten hinunter, die allerdings umso ärmlicher gebaut sind, je weiter oben am Hügel sie stehen. Und um zu verdeutlichen, wovon er spricht, behilft er sich mit einem Bild, das wir beide nur aus dem Fernsehen kennen — »Krieg wie in Jugoslawien.«

Nacht für Nacht seien Wohnhäuser, Läden, Werkstätten ausgeraubt, Leute bedroht und erpresst, Frauen und Mädchen vergewaltigt worden. Wer sich wehrte, wurde erschossen. Nach Einbruch der Dunkelheit ging niemand mehr auf die Strasse, und am Morgen fand man die Opfer der nächtlichen Schiesserei, erzählt er.

Der ehemalige Staatsangestellte, der heute eine Schneiderei mit eigenem Laden und ein paar Angestellten führt, reagiert etwas misstrauisch, wenn Fremde in »El bosque« fotografieren wollen. Ohne die tristen Aspekte zu verhehlen, zeigt er mit Stolz auch die schönen Seiten des

Quartiers, in dem er seit fünfzehn Jahren wohnt. Er möchte nicht, dass man hier nur den Dreck sieht. Zu seinen Zukunftsplänen gehört der Bau einer Schule und eines Spielplatzes oben auf der Kuppe des Abfallhügels, nachdem der Müll, wie Untersuchungen ergeben hätten, nicht mehr giftig sei. Ein Betonfundament, eine zertrümmerte Rutschbahn, eine verlotterte Hütte zeugen von früheren Anläufen, die Idee zu realisieren. Doch auch hier oben sei alles verwahrlost und kaputt. Nur dank der »Milicias«, sagt er, sei es das Leben in »El bosque« wieder erträglich geworden.

Die Sympathie der Bevölkerung ändert allerdings nichts daran, dass die »Volksmilizen« nach wie vor in der Illegalität operieren. Öffentlich treten sie nur maskiert auf. Niemand ausser ihnen hat ihnen den Auftrag erteilt, die Armenviertel zu »säubern«. Wer als »kriminelles Element« gilt, bestimmen sie selbst. Und obwohl Camillo erzählt, sie hätten nicht nur auf dem Schwarzmarkt Waffen bekommen, sondern auch von Sympathisanten aus Armee und Polizei, sind sie von Gesetzes wegen selber »kriminelle Elemente«. Genau das, haben sie beschlossen, soll sich jetzt aber ändern.

Als Ende 1992 — entsetzt über ein Massaker an einer Gruppe junger Christen — Bischof Hector Fabio Henao sich anschickte, Armee, Polizei und Regierung zusammen mit Guerilla-Vertretern an einen Tisch zu bringen, konnte er nicht hoffen, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Minimale Gesprächsbereitschaft zu fördern, schien ihm bereits viel. Damit ebnete er indes jenen »Volksmilizen« den Weg, die jetzt ihre Waffen abgeben wollen.

Dabei handelt es sich vor allem um jene Gruppen, die nach wie vor Verbindungen zu den nationalen Guerilla-Verbänden unterhalten. Diese nämlich haben — nachdem das kolumbische Parlament 1991 eine neue, freiheitlichere Verfassung angenommen hat — mehrheitlich längst begonnen, sich zu entwaffnen und in die Politik zu integrieren. Und etwa die Hälfte aller »Volksmilizen« in Medellín will ihrem Beispiel nun folgen, während die andere Hälfte, die eher einer autonomen Szene angehört, erst abwarten wird, wozu das Modell dieser Entwaffnung führt.

Viele »Milicianos« fürchten nämlich, dass nach ihrer Entwaffnung Polizei und Behörden weder garantieren können für ihre persönliche, noch für die allgemeine Sicherheit im Quartier. Und als Antwort auf diese Bedenken haben nun Soziologen des »Instituto Popular de Capacitación«, einem unabhängigen Institut für Bildung und Entwicklung, ein Konzept ins Gespräch gebracht, das die Entwaffnung der Jugendlichen bei gleichzeitiger legaler Wiederbewaffnung vorsieht.

Nebst Straffreiheit sollen die Verhandlungswilligen 4 Millionen Pesos erhalten (ca. 8'000 Franken), sofern sie ein eigenes Projekt für ein Kleinunternehmen vorweisen. Damit können sie sich aber auch an der Gründung einer »Cooperativa de vigilancia« beteiligen, einer bewaffneten Privatpolizei, in deren Dienst sie hernach eintreten können. Diese Privatpolizei soll, in Zusammenarbeit mit den Behörden, künftig für die Sicherheit im Quartier zuständig sein, überdies ihre Dienste aber auch privaten Institutionen anbieten, um sich damit teilweise selbst zu finanzieren.

Die Initianten halten ihr Konzept allerdings nur für realisierbar, wenn es durch eine Reihe sozialpolitischer Massnahmen abgestützt wird. Die Bewohner der Slums sollen ihr Zusammenleben stärker als bisher selbst verwalten. Eine aus Quartierbewohnern und Behördevertretern zusammengesetzte Kommission soll künftig die dringlichsten Probleme beraten und der Stadtverwaltung Lösungsvorschläge unterbreiten. Zudem wird in jedem Quartier ein Friedensrichteramt installiert, das Streitigkeiten schlichten soll.

Um diese sozialen Aspekte hat sich vor allem die Stadtregierung zu kümmern, während für Sicherheitsfragen die Regierung in Bogotá zuständig ist; sie hat mit den »Volksmilizen« zu verhandeln, ihr untersteht landesweit auch die Polizei. Und in deren Reihen, räumt Medellín

Bürgermeister, Luis Alfredo Ramos, ein, fänden sich wohl die erbittertsten Gegner der Verhandlungen. Mancher von der Mafia korrumpierte Beamte betreibt in den Armenvierteln längst sein Geschäft auf eigene Rechnung. Durch das Verhandlungsangebot der »Milicias« sehen diese Leute ihre eigene Machtposition bedroht. Regelrechte Umerziehung werde nötig sein, sie eines Besseren zu belehren, meint der vor kurzem zum »besten Bürgermeister des Landes« erkorene Don Luis und bestätigt damit indirekt auch Behauptungen der »Volksmilizen«, wonach seit Jahresbeginn über dreissig ihrer Mitglieder von der Polizei erschossen worden seien nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Verhandlungsbereitschaft.

Der in Medellín sehr beliebte Magistrat, dessen Amtszeit in diesem Jahr zu Ende geht, gehört zur jüngeren Politiker-Generation in Südamerika, die das Pathos ihrer Gaudillo-Väter gegen technokratischen Pragmatismus eingetauscht haben. Er weiss, dass die Gewalt nicht zuletzt in der desolaten Wirtschaftslage der Bevölkerung wurzelt. »Medellín para todos« (Medellín für alle) heisst sein Programm, das die Situation unter anderem durch Förderung von privaten Kleinstunternehmen zu verbessern sucht, für das er aber auch bei Vertretern der Grossindustrie um Unterstützung wirbt.

Denn Don Luis möchte seiner Stadt zu einem neuen Image verhelfen. Daher wird der von ihm mit der Sache betraute Advokat Juan Guillermo Sepulveda alles dran setzen, die Verhandlungen zu einem guten Abschluss zu bringen. Persönlich von den Erfolgchancen des Modells überzeugt, möchte er es an der »2. Europäischen Konferenz für Friedensschaffung und Konfliktlösung« vorstellen, die im Oktober im spanischen San Sebastián stattfinden soll. Die bisherige Mafia-Metropole Medellín will sich da als Stadt präsentieren, die mit unkonventionellen Mitteln versucht, sozialen Frieden zu stiften. Gewiss nicht zuletzt aus Gründen internationaler Kreditwürdigkeit — von der letztlich wiederum der erhoffte Erfolg abhängt — soll der Bürgerkrieg überwunden werden. Das kann aber, wie wir spätestens seit [Thomas Hobbes](#) wissen, nur gelingen, wo die Bevölkerung selbst in hinreichendem Mass dazu bereit ist.